

# Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden zum Haushalt 2021

Unna, 18.02.21

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Kämmerer legt heute den ersten „Corona-Haushalt“ für die Kreisstadt Unna vor.

Es wird verkündet, dass wir unserem gesetzlichen Auftrag nachkommen, für das Haushaltsjahr 2021 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Gleichzeitig entfällt die Verpflichtung zur Haushaltssicherung.

Na dann Prost! Wer das so hört und die Hintergründe nicht kennt oder verdrängt, könnte tatsächlich meinen, die finanzielle Situation unserer Stadt sei positiv zu bewerten. Also alles gut?

Nein, meine Damen und Herren, nichts ist gut. Unsere finanzielle Lage und die Aussicht auf die Zukunft sind schlecht. Schon jetzt abzusehende 7 Millionen Euro Einnahmeverlust in den kommenden Jahren, unsichere Erholungsperspektiven für die Wirtschaft nach Abflauen der Pandemie, stetig steigende Sozial- und Pensionslasten, unkalkulierbare Entwicklung der Pflichtabgaben in Umlagehaushalte und sicher weiter ausbleibende spürbare Hilfen aus Berlin und Düsseldorf, werden auch nach Corona keine Freude aufkommen lassen. Zurzeit wird das Schlimmste noch durch großzügige Kurzarbeiter- und Insolvenzregelungen sowie durch Finanzhilfen aufgefangen.

Der Haushaltsausgleich für unsere Stadt ist „fiktiv“ und basiert auf einer gesetzlich sanktionierten „Bilanzkosmetik“, die es erlaubt, alle tatsächlichen oder vermeintlichen Verluste in einer Corona-Bilanz auszulagern. Wir tun also erst einmal so, als würde uns Corona finanziell gar nicht belasten. Überdies ist Geld noch immer mit Negativzins am Markt zu haben, was die Aufnahme von Schulden vordergründig attraktiv macht. Ab dem Jahre 2024 sind Corona-Schulden dann in einem Zeitraum von 50 (!) Jahren zu tilgen.

Zu glauben, dass in einem derart langen Zeitraum keine weiteren Krisen über uns hereinbrechen werden, ist mehr als leichtsinnig und realitätsfern.

Viele sagen, dass man sich in einer Krise nicht „kaputtsparen“ soll. Das ist sicher richtig. Dennoch muss man den Rahmen seiner eigenen Möglichkeiten im Auge behalten. Man kann nicht auf Dauer wesentlich mehr Geld ausgeben als man hat. Auch so genannte rentierliche Schulden müssen irgendwann einmal zurückgezahlt werden.

In einer derart unsicheren und unüberschaubaren Finanzlage muss man zunächst abwarten, bis die Auswirkungen und Langzeitfolgen einer solchen Krise einigermaßen seriös und realistisch bewertet werden können.

So wünschenswert beispielsweise eine neue Grundschule sein mag, so sehr sind 30 Millionen Euro für ein Einzelprojekt zurzeit überdimensioniert. Eine lange Reihe anderer dringender Maßnahmen müssen für dieses ehrgeizige Vorhaben verschoben oder gestrichen werden. Wie lange haben wir hier nach Aufgabe der Anne-Frank-Realschule um die Sanierung oder den Neubau der Hellweg-Realschule gerungen, um einmal im Bereich Schule zu bleiben. Die Realschule ist jetzt erst einmal geschoben.

Für die per Bürgerentscheid erzwungene Instandsetzung der Eissporthalle wird in den nächsten Jahren nur eine Summe von insgesamt 800.000 Euro im Haushalt bereitgestellt. Ein von der Stadt beauftragtes erstes Gutachten schockierte noch mit einer erforderlichen Sanierungssumme in Höhe des Zehnfachen. Ob hier tatsächlich Fördergelder generiert werden können, ist dabei lange noch nicht klar. Ein neues Asylbewerberheim an der Kamener Straße lassen wir uns dafür aber 3,5 Mio. Euro kosten.

Dringende Straßensanierungen bleiben liegen oder werden weit nach hinten verschoben. Nur wer die Stadt verklagt, kann die Prioritätenliste zu seinen Gunsten beeinflussen.

Insgesamt sind für den Zeitraum bis 2024 Investitionen in Höhe von 57 Mio. Euro fest verplant. Bereits beschlossene Projekte mit einem Volumen von 130 Mio. Euro liegen noch in der Schublade.

Woher das ganze Geld kommen soll, sagt keiner. Stattdessen werden auch im Rahmen dieser Haushaltsberatungen noch munter Fraktionsanträge gestellt, die den Haushalt belasten.

Meine Damen und Herren,

anstatt ernsthafte und nachhaltige Überlegungen zur Ausgabenreduzierung anzustellen, geben wir weiterhin erheblich mehr Geld aus, als wir tatsächlich einnehmen.

Eine solche Politik wird zwangsläufig zu Leistungsminderungen in allen Bereichen, zu weiteren Steuer- und Abgabenerhöhungen und letztendlich zu einer ungerechten Überbelastung nachfolgender Generationen führen. Die FLU wird eine solche Politik nicht mittragen und dem Haushaltsentwurf folglich nicht zustimmen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Klaus Göldner